

TAGESTHEMEN

Abrechnung mit der
AfD im Bundestag



TAGESTHEMEN

Streit in den Bistümern
Köln und Aachen

Wermelskirchen Burscheid

Wertstoffhof: Verwirrung wegen Kosten



Der Wertstoffhof an der Albert-Einstein-Straße. Archivbild: cw

WERMELSKIRCHEN Henning Rehse ist nicht nur Fraktionsvorsitzender der WNK/UWG, sondern auch Bürger. Als solcher nutzt er wie viele andere den Wertstoffhof an der Albert-Einstein-Straße. Sein jüngster Besuch am Mittwoch stiftete allerdings etwas Verwirrung bei dem Ortspolitiker. | S. 15

Bewegungspark steht in den Startlöchern

BURSCHEID Es wartet nur noch eine bürokratische Hürde auf den Burscheider Stadtsportverband, dann kann es losgehen an der Montanusstraße. Dort soll im kommenden Jahr ein Bewegungspark für jedermann entstehen. | S. 23

Fußballer können endlich planen

LOKALSPORT Die Entscheidung des Fußball-Verbands Nordrhein überrascht nicht. Angesichts der hohen Inzidenzzahlen wird die Aussetzung des Spielbetriebs bis ins neue Jahr verlängert. Weitergehen soll es am 23./24. Januar. | S. 21

Das Wetter heute

Die Sonne ist heute fast nicht zu sehen. Bei maximal 5 Grad bleibt der Himmel von morgens bis abends bedeckt. Es bleibt aber meist trocken. Am Sonntag wird es mit maximal 8 Grad etwas milder, dafür steigt das Regenrisiko.



Sa 5°

Kommentar

Bundestag verlängert Kurzarbeitergeld

Verpasste Gelegenheit

Von Stefan Vetter



Vor dem Virus sind alle gleich, heißt es immer. Aber das stimmt so nicht. Denn die Coronakrise treibt die soziale Spaltung voran. Gerade erst kam eine Untersuchung zu dem Schluss, dass die Schere zwischen hohen und niedrigen Einkommen aktuell immer weiter auseinandergeht. Um Jobs zu erhalten und Einkommenseinbußen abzumildern, hat die Bundesregierung das Kurzarbeitergeld erhöht und die Hürden für seinen Bezug gesenkt. Und der Bundestag hat diese Maßnahmen nun sogar bis Ende 2021 verlängert. Das hilft zweifellos, Entlassungen zu vermeiden. Andere Länder kopieren deshalb bereits das deutsche Modell. Die Kluft zwischen ärmeren und reicheren Bevölkerungsschichten wird sich durch das verbesserte Kurzarbeitergeld aber nicht verkleinern. Dazu fehlt es an der sozialen Zielgenauigkeit.

Wer in Kurzarbeit ist, bekommt je nach Dauer bis zu 87 Prozent des Lohnausfalls vom Staat ersetzt. Dabei spielt es allerdings keine Rolle, ob Betroffene in gut bezahlten Industriearbeiten oder mäßig bis mies vergüteten Dienstleistungsberufen arbeiten. Hinzu kommt, dass die meisten tarifgebundenen Unternehmen bei wirtschaftlichen Engpässen das Kurzarbeitergeld für ihre Mitarbeiter schon vor der Krise selbst aufgestockt haben, die allermeisten Betriebe ohne Tarifbindung dagegen nicht. Auch dieser Unterschied bleibt erhalten. Nicht wenige Beschäftigte kommen dadurch im besten Fall nahezu ohne Einkommensverluste weg, während die Bezüge für andere schon vor Corona kaum zum Leben reichten und jetzt noch geringer sind.

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hat das Kurzarbeitergeld selbst als „sehr, sehr, teuer“ bezeichnet. Eine Konsequenz wäre gewesen, die finanzielle Aufstockung nach der Höhe der Einkommen zu differenzieren. Wer vergleichsweise viel hat, bekommt vom Staat prozentual weniger dazu, wer weniger verdient, mehr. Der Beschluss zur Verlängerung des Kurzarbeitergeldes hätte eine gute Gelegenheit für eine ergänzende Regelung geboten. Sie wurde vertan.



Redaktion: Alleestraße 77-81
42853 Remscheid
www.rga.de



Der Weihnachtsbaum für das Kanzleramt kommt in diesem Jahr aus Hessen

Der Weihnachtsbaum für den Ehrenhof des Bundeskanzleramts ist in Hessen gefällt und abtransportiert worden. Die ausgewählte Rotfichte ist nach Angaben des Hessischen Waldbesitzerverbands 70 Jahre alt und 25 Meter hoch. Die oberen 16 Meter des Nadelbaums sollen das

Kanzleramt in der Weihnachtszeit schmücken. Am Samstag sollte der Baum in Berlin ankommen. Dann muss er nur noch durch das 3,40 Meter hohe Tor des Kanzleramts passen. Die Herkunft des Baumes wechselt jedes Jahr nach einem abgestimmten Kalender. Foto: dpa

Corona: NRW-Ministerpräsident fordert, private Kontakte noch stärker einzuschränken

Laschet will strengere Regeln

BERLIN/DÜSSELDORF (dpa). 23 648 neue Corona-Infektionen binnen 24 Stunden – obwohl sich Deutschland seit fast drei Wochen im Teil-Lockdown befindet, gab es am Freitag einen Rekordwert bei den Neuinfektionen. NRW-Ministerpräsident Armin Laschet sieht daher die Zeit gekommen, die Corona-Regeln erneut zu verschärfen. Unterdessen schürt Bundeskanzlerin Angela Merkel Hoffnungen, dass noch in diesem Jahr die Impfungen in Deutschland beginnen.

Laschet (CDU) will nächste Woche bei den Bund-Länder-Gesprächen zur Corona-Krise für scharfe Kontaktbeschränkungen werben. „Eine Familie darf sich dann nur noch mit zwei weiteren Personen aus einem anderen Hausstand treffen“, sagte Laschet der „Stuttgarter Zeitung“ und den „Stuttgarter Nachrichten“. Das sei sein Vorschlag für die Ministerpräsidentenkonferenz mit der Bundeskanzlerin. Aus den Erfahrungen zu Beginn der Corona-Krise im Frühjahr sei bekannt, dass das

Prinzip wirke. Damals habe die Mobilität der Menschen stark abgenommen und die Infektionsdynamik ebenso. „Wenden wir dieses Prinzip konsequent an, können Beschränkungen für Gastronomie oder Kultur mittelfristig zurückgenommen werden, wenn die Infektionszahlen weiter sinken.“ Auch in Nordrhein-Westfalen sind die Infektionszahlen trotz des Lockdowns weiter hoch. Indes haben Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen große

Hoffnungen auf eine schnelle Zulassung eines Corona-Impfstoffes gemacht. Merkel rechnet schon im Dezember oder „sehr schnell nach der Jahreswende“ mit der Zulassung eines Corona-Impfstoffes in Europa, wie sie nach Video-Beratungen der EU-Staats- und Regierungschefs sagte. Zudem wollen die EU-Staaten gemeinsame Standards für die schnellen Antigen-Tests festlegen und sich bei der Handhabung der Corona-Maßnahmen um die Weihnachtsfeiertage abstimmen.

Regel für Kurzarbeit verlängert

BERLIN (dpa). Auch im nächsten Jahr bekommen Beschäftigte, die länger als drei Monate in Kurzarbeit sind, ein erhöhtes Kurzarbeitergeld. Der Bundestag hat gestern die Sonderregelung in der Corona-Krise bis Ende nächsten Jahres verlängert. Das Gesetz zur Beschäftigungssicherung muss abschließend noch durch den Bundesrat. Die Regelung sieht vor, dass Kurzarbeitergeld auch weiterhin ab dem vierten Bezugsmonat von seiner üblichen Höhe, nämlich 60 Prozent des Lohns, auf 70 Prozent erhöht wird – für Berufstätige mit Kindern von 67 auf 77 Prozent. Ab dem siebten Monat in Kurzarbeit soll es weiter 80 beziehungsweise 87 Prozent des Lohns geben. Die Bestimmungen sollten ursprünglich zum Jahresende auslaufen. Die Regierung geht noch nicht von einer Entspannung der Situation aus. | **Kommentar, Wirtschaft**

Biontech und Pfizer beantragen US-Notzulassung

MAINZ (dpa). Das Mainzer Unternehmen Biontech und der US-Pharmariese Pfizer haben eine Notfallzulassung bei der US-Arzneimittelbehörde FDA für ihren Corona-Impfstoff beantragt. Die Lieferung des Impfstoffs namens BNT162b2 könnte Ende

dieses Jahres beginnen, sollte es eine Genehmigung geben. Biontech und Pfizer sind die ersten westlichen Hersteller, die vielversprechende Studienergebnisse veröffentlicht haben und eine Notfallzulassung bei der FDA beantragen wollen.

Zuvor hatten die Unternehmen bekanntgegeben, dass die Impfung einen 95-prozentigen Schutz vor Covid-19 biete. Das Vakzin funktioniere über alle Altersgruppen hinweg ähnlich gut und zeige praktisch keine ernstesten Nebenwirkungen.

Die FDA muss den Antrag prüfen. Wie lange das dauert, ist unklar. US-Experten zeigten sich zuversichtlich, dass es noch vor Jahresende ein Ergebnis der Prüfung geben könnte. Nach einer Zulassung sollen die vorhandenen Dosen „fair“ verteilt werden.

NRW stellt Waldschadensbericht 2020 vor

„Der Klimawandel ist schneller“

MÜNSTER/DÜSSELDORF. Der Zustand des Waldes in NRW hat sich weiter verschlechtert. Der Anteil der Bäume mit deutlich lichterere Krone sei gegenüber dem Vorjahr von 42 auf 44 Prozent gestiegen, erklärte NRW-Umweltministerin Ursula Heinen-Esser bei der Vorstellung des Waldzustandsberichts. Das sei der höchste Wert seit Beginn der Erhebung im Jahr 1984. Die Politikerin kündigte ein Konzept zur Wiederbewaldung an. Heimische Baumarten sollen dabei den Kern der künftigen Mischwälder bilden und auf den Flächen angesiedelt werden, die seit 2018 durch Stürme, Dürre



Vor allem die Fichte ist vielerorts abgestorben. Foto: Oliver Berg/dpa

und den Befall von Borkenkäfern entstanden sind. Vor allem im Münster- und Sauerland sind die entstandenen Schäden enorm. Der Anteil der Bäume ohne

Schäden ist zwar von 19 auf 23 Prozent gewachsen, gleichwohl sei die Zunahme der schweren Kronenschäden in den heimischen Wäldern „ein deutliches Indiz für den besorgniserregenden Zustand des Waldes“. Großflächige Schäden seien vor allem bei der Fichte zu beobachten, die aufgrund ihres flachen Wurzelsystems seit drei Jahren unter permanentem Wassermangel leidet. „Wir müssen feststellen, dass der Klimawandel schneller ist, als stabile Mischwälder entstehen. Und daher müssen wir gegensteuern. Nadelholz-Monokulturen haben keine Zukunft“, sagte die Ministerin.

Laschet will Parteichef des Ausgleichs

DÜSSELDORF (lnw). Der CDU-Vorsitzskandidat Armin Laschet wirbt bei seiner Partei für einen Kurs des Zusammenhalts. „Ein polarisierender Parteichef oder Kanzler wäre falsch in dieser Situation“, sagte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident in Interviews. „Ein polarisierender Ton würde uns als Union nicht gerecht. Er würde uns schaden.“ Das Land brauche jetzt „Zusammenhalt, nicht Spaltung oder Streit“. Laschet tritt bei der Wahl zum CDU-Vorsitz gegen Friedrich Merz und den Außenpolitiker Norbert Röttgen an.

NRW-Polizei testet Taser Anfang 2021

DÜSSELDORF (dpa). Vier Dienststellen der NRW-Polizei sollen ab Anfang 2021 in einem Pilotprojekt mit Tasern ausgestattet werden. Sie sollen das neueste Modell der Firma Axon („Taser 7“) bekommen, um es im polizeilichen Alltag auszuprobieren. Das Projekt wird bis zum März 2022 laufen. Danach soll geprüft werden, ob „Distanz-elektroimpulsgeräte“ flächendeckend eingesetzt werden. Laut einem Bericht des Innenministeriums würden die Kosten für eine flächendeckende Ausrüstung bei 57 bis 61 Millionen Euro für fünf Jahre liegen.